

Kampfflugzeuge gegen Entwicklungshilfe

POLITIK/ Das neue Parlament wird 2012 finanzpolitisch Weichen stellen müssen: Reicht das Geld für mehr Entwicklungshilfe und neue Kampfjets?

Es waren zwei Paukenschläge – mit beträchtlichen Kostenfolgen: Im März beschloss das Parlament, die Entwicklungshilfe bis 2015 sukzessive auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Kostenpunkt für 2011 und 2012: 640 Millionen Franken. Im Herbst dann stimmten die Räte gegen den Willen der Landesregierung einer Aufstockung des Armeebudgets und der Anschaffung neuer Kampfflugzeuge zu. Kostenpunkt: 600 Millionen Franken jährlich.

SKEPTISCH. Die beiden Beschlüsse könnten sich ins Gehege geraten: «Es steht zu befürchten, dass das neue Parlament nicht bereit ist, beides klaglos zu finanzieren», sagt Peter Niggli, Geschäftsführer von Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Organisation von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Kommt es also im Frühjahr 2012, wenn das Parlament den Legislaturfinanzplan 2013–2015 berät, zum Showdown Kampfjets gegen Entwicklungshilfe? Niggli betont: «Nicht nur der Rahmenkredit für die Entwicklungszusammenarbeit, auch jene für Bildung und Verkehr

sind gefährdet.» Umso mehr, als der Bundesrat die drei grossen Finanzbrocken erstmals zusammen am Anfang der Legislaturperiode vorlegt. Ebenfalls zum ersten Mal werden sämtliche Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit in einen einzigen Rahmenkredit über zwölf Milliarden Franken zusammengefasst – bisher hatte das Parlament Süd-, Ost- und humanitäre Hilfe jeweils getrennt behandelt. «Das ist so viel Geld, dass die Versuchung fürs Parlament, Abstriche zu machen, wächst», so Niggli: «Das war auch die Absicht von alt Bundesrat Merz, der diese Neuerung durchgesetzt hatte.»

BESORGT. «So lange Armee und Rüstungsindustrie in den Räten derart stark vertreten sind, besteht tatsächlich die Gefahr, dass die Anschaffung neuer Kampfjets auf Kosten anderer Bereiche – etwa der in bürgerlichen Kreisen umstrittenen Entwicklungshilfe – durchgeboxt wird», befürchtet auch Margret Kiener Nellen (SP), Präsidentin der nationalrätlichen Finanzkommission. Zwar sei die Erhöhung der Entwicklungshilfe inzwischen Bestandteil des Fi-

nanzplans, gleichzeitig stehe es der politischen Mehrheit des Parlaments offen, frühere Beschlüsse umzustossen. Auch sie erwartet, «dass die unterschiedlichen Interessen der Landwirtschafts-, Armee-, Bildungs-, Verkehrs- und Entwicklungshilfelobby bei der Finanzdebatte im Frühling hart aufeinanderprallen werden».

ERBOST. EVP-Nationalrätin Maja Ingold hat sowohl für die Aufstockung der Entwicklungshilfe als auch fürs höhere Armeebudget gestimmt. Letzteres aufgrund von Bundesrat Ueli Maurers Versprechen, die zusätzlichen 600 Millionen Franken pro Jahr seien verkraftbar: «Es braucht kein Sparprogramm», hatte der VBS-Vorsteher auf Nachfrage von Maja Ingold geantwortet. Sie glaubte ihm – heute fühlt sie sich «über den Tisch gezogen». Maurers Zusage sei nie gesichert gewesen, sagt sie: «Wir haben zwei Beschlüsse, die Mehrausgaben zur Folge haben, unsichere Finanzperspektiven, eine Schuldenbremse und mehrere Departemente, die wegen der Kampfjets keine Abstriche machen wollen – wie, bitte, soll das gehen?» **SAMUEL GEISER, MARTIN LEHMANN**